

II-7833 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3850 U

1992 -11- 30

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr.Lackner, Regina Heiß, Dr.Keimel, Prof. Khol  
und Kollegen

an den Bundesminister für Unterricht und Kunst  
betreffend Privatisierung der Bundeskonvikte

Im Zuge der budgetären Einsparungsmaßnahmen auch im  
schulpolitischen Bereich sollen die Bundeskonvikte privatisiert  
werden. Entsprechende Verhandlungen sind offenbar bereits im  
Gange. Eine Auflösung dort, wo kein Bedarf mehr gegeben ist,  
erscheint in Einzelfällen sinnvoll; dennoch gibt es Regionen,  
in welchen diese Heime eine zentrale Funktion einnehmen, wie  
z.B. das Bundeskonvikt Lienz.

In der Region Osttirol haben sehr viele Schüler allein dank des  
Bundeskonviktes Zugang zu einer höheren Bildung. In der  
Bergbauernregion Osttirol kann gerade dieses regionale  
Bundeskonvikt mit vom Bund gestützten Heimbeiträgen und einer  
pädagogisch fundierten Lernbetreuung durch entsprechend  
geschulte Erzieher jene bildungspolitische Rolle erfüllen, die  
für Regionen oder andere Alternativen **gerechte Bildungschancen**  
sichert.

Würde das Bundeskonvikt Lienz privatisiert und aus dem bisher  
so erfolgreichen schulischen Zusammenhang herausgelöst, so  
hätte dies für die Schüler, Eltern und Erzieher der gesamten  
Region, in der es kaum Alternativen gibt, sehr nachteilige  
Folgen. Der einzige Zugang zu höherer Bildung für viele Kinder  
aus den Osttiroler Seitentälern wäre dann mit erheblichen  
Mehrkosten verbunden und daher unerreichbarer. Zweitens würden  
die Lehrkräfte, welche derzeit eine höchst erfolgreiche und gut  
funktionierende Lernbetreuung sichern, die auch für zahlreiche  
berufstätige und nichtberufstätige Mütter eine große Entlastung

-2-

darstellt, von einer Privatisierung betroffen sein. Die Qualität der Lernbetreuung ist gegeben, weil Lehrkräfte von mittleren und höheren Schulen diese Erziehungsfunktion ausüben. Dies wäre bei einer Privatisierung nicht mehr der Fall. Diese Folgen können nicht im Sinne einer gerechten Bildungspolitik liegen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e:

- 1) Denken Sie daran, im Zuge der Einsparungs- und Struktursparmaßnahmen alle Schulheime bzw. Bundeskonvikte zu privatisieren?
- 2) Aufgrund welcher Überlegungen bzw. Prioritäten soll selbst eine erfolgreich funktionierende Lernbetreuung und Zusammenarbeit mit den mittleren und höheren Schulen vor Ort, wie es in Lienz der Fall ist, zugunsten von strukturellen Einsparmaßnahmen aufgelöst werden?
- 3) Können Sie sich vorstellen, daß im Sinne einer Politik, die für gerechte Bildungschancen eintritt, in Einzelfällen von einer Privatisierung eines Heimes Abstand genommen werden kann?  
Wenn ja, gilt dies auch für das Bundeskonvikt Lienz?